

## Trump und die Linke

Es ist Zeit, dass die Linke aufwacht, und den Kampf um die „Abgehängten“ aufnimmt.

von Harri Grünberg

Die Wahl von Donald Trump sollte die Alarmglocken bei der Linken schrillen lassen. Eine „soziale“ Rechte formiert sich in Europa, sie ist dabei, die ehemaligen Hochburgen der Arbeiterklasse zu schleifen, ohne diese soziale Basis der „Abgehängten“ der Arbeiterklasse im weitesten Sinne wird es jedoch keine linke Hegemoniefähigkeit in der Gesellschaft geben.

Trump's Wahl hat viele Facetten. Sie als Sieg der Rechten abzutun, ist zu einfach.

Demonstrationen einer Linken, die man zu Recht als „progressiv neoliberal bezeichnen kann“ (Nancy Fraser), die ihre Überheblichkeit über die Abgehängten, die kulturell zurückgebliebenen Arbeiter weiter Regionen der USA, zum Ausdruck bringt, wie dies derzeit in den USA der Fall ist, sind nicht zielführend für eine linke Politik. Es ist an der Zeit, dass internationalistische Marxistinnen und Marxisten den Kampf um die Klassenorientierung der Partei DIE LINKE als eine sozialistische Massenpartei führen. Die „verbindende Partei“ muss immer strategisch primär an der Arbeiterklasse orientiert sein und fähig sein, Bündnisse mit den fortschrittlichen Mittelschichten zu schließen. Das ist die wichtigste Lehre, die aus den Wahlen in den USA, aus dem Brexit in Großbritannien und sicherlich aus den Wahlen in den Niederlanden und in Frankreich zu ziehen sind. Die US-Autorin Fraser weist darauf hin, wie sich unter Clintons Präsidentschaft die im New Deal der dreißiger Jahre geformte Demokratische Partei mit starkem Einfluss der Industriegewerkschaften in eine neoliberale, von Wallstreet und dem Silicon Valley dominierte Partei verwandelte. Dahinter steckte auch ein hegemoniales Konzept, bei dem soziale Bewegungen an den Neoliberalismus gebunden wurden.<sup>1</sup>

Die Wahl von Donald Trump zum 45. Präsidenten der USA ist Ausdruck der Krise sowohl des politischen als auch des ökonomischen Systems der USA und des kapitalistischen Systems insgesamt. Die USA sind Verlierer der neoliberalen Globalisierung. Ihr System ist erschüttert. Der Konsens für offene Märkte erodiert zunehmend. Zahlreiche Interventionskriege des US-Imperialismus haben das Imperium überdehnt.

Trump ist Ausdruck dieser Krise und der allgemeinen Schwächung des US-Imperialismus, vor allem seiner ökonomischen Basis. Die neoliberale Globalisierung, so wie sie bisher verlief, nützt dem Gesamt-Ensemble des US-Kapitalismus nichts mehr. Mit Gewissheit können wir behaupten, dass wir in eine neue gefährliche Epoche der kapitalistischen Entwicklung eintreten, gekennzeichnet durch die Verschärfung innerimperialistischer Rivalitäten, des Schutzes nationaler Märkte und einer neuen internationalen Ordnung des Weltsystems.

Die neue Unordnung der Welt ist Folge der Überakkumulationskrise des Kapitalismus. Keynesianische Politik verhalf dem Kapitalismus nach dem II. Weltkrieg zu einer stürmischen Wachstumsphase, die allerdings keine dreißig Jahre anhielt. Schon in den 70er Jahren des 20ten Jahrhunderts zeigte das Modell Erschöpfungserscheinungen. Der Keynesianismus war auf Dauer nicht in der Lage, die Profitrate zu halten, deren Grundlage die kontinuierliche Erweiterung von Produktion und Konsum war. Die neoliberale Globalisierung sollte die Profitrate, welche die keynesianische Politik (wegen des tendenziellen Falls der Profitrate) nicht mehr garantieren konnte, durch eine Weltmarktoffensive zur Kostensenkung der Produktion durch Verlagerung industrieller Fertigung in die kapitalistische Peripherie und durch Sozialabbau in den kapitalistischen Metropolen wieder stabilisieren. Diese Stabilisierung fand jedoch nicht statt. Lediglich die Spekulationsblasen sorgten für teils exorbitante Gewinne

an den Börsen, nicht aber in der Produktion. Die Finanz- und Bankenkrise von 2008 zeigte auch hier das Ende der Party an.

In den USA führte die neoliberale Globalisierung zur Deindustrialisierung. US-Konzerne haben die Produktion ins billigere Ausland verlegt. Während die industrielle Produktion niederging, zählen Wallstreet und das Silicon Valley zu den Gewinnern. Auf Dauer hat dies eine Legitimitätskrise des politischen Systems der USA ausgelöst. Der gesellschaftliche Konsens ist brüchig geworden. Weite Teile der Bevölkerung sind unzufrieden und wütend. Dies nährt die Anti-Establishment-Haltung. Sie kam bei der Bewegung zum Ausdruck, die Bernie Sanders unterstützte, aber auch in Trumps Anti-Establishment-Rhetorik. Bernie Sanders' Ausscheiden zugunsten von Hillary Clintons Bewerbung um die Präsidentschaft öffnete Trump mit seiner Anti-Establishment-Orientierung den Raum, um große Teile des Protestes gegen die Eliten kanalisieren zu können. Es zeigt sich erneut, dass das Fehlen einer unabhängigen politischen Partei, die aus der Tradition der Arbeiterbewegung kommt, das größte Hindernis auf dem Weg ist, eine linke Alternative mit Massenanhang gegenüber den beiden kapitalistischen Parteien, den Demokraten und den Republikanern, präsentieren zu können. Es wird sich zeigen, ob Bernie Sanders' Strategie, die Mehrheit bei den Demokraten zu erlangen, künftig aufgehen wird. Aufgrund der bürgerlichen Natur dieser Partei und ihrer Verzahnung mit der Wallstreet spricht wenig dafür, dass sich eine linkssozialdemokratische Orientierung, so wie sie Bernie Sanders verkörpert, in dieser Partei durchsetzen kann. Vielmehr muss in den USA eine auf kämpferische Gewerkschaften gegründete Arbeiterpartei entstehen.

Symptomatisch für den Umgang vieler Linker mit dem Wahlausgang in den USA ist das Fehlen einer marxistischen Klassenanalyse, die aufhellt, welche Klassenkräfte im Augenblick in den USA am Wirken sind. Viele Linke weltweit ordnen Trump ins rechte Lager ein. Das mag in vielen Fragen der Fall sein. Sein Diskurs war von sexistischen und rassistischen Bemerkungen geprägt. Seine angekündigte Wirtschaftspolitik kann allerdings nicht eindeutig als rechts eingestuft werden. Sie ist eine Mischung von keynesianischen Elementen und der Wiederbelebung der Reaganomics der 80er Jahre.

Im Wahlkampf stützte Trump sich auf Teilbereiche der Arbeiterschaft und der Gewerkschaften und versprach unter anderem, neue Arbeitsplätze in der Industrie zu schaffen. Trump strebt die Bildung einer großen korporatistischen Koalition zwischen Kapital und Arbeit an<sup>2</sup>, und das ist in der US Tradition keine rechte Politik. Er traf sich noch am Tag seiner Amtseinführung mit führenden Vertretern der Bau- und Metallgewerkschaften und sprach mit ihnen über die beabsichtigte staatliche Intervention zur Erneuerung der maroden Infrastruktur der USA. Allerdings deutet nichts darauf hin, dass Trump die Politik des New Deals in seiner Gänze wieder beleben werde. Der New Deal bestand nicht nur aus Staatsinterventionen zur Ankurbelung der Wirtschaft, sondern er ging auch mit Gewerkschaftsrechten, Sozialstaat und massiven Lohnerhöhungen einher.

Durch die Gewerkschaftsbewegung der USA geht ein tiefer Riss. Während manche Industriegewerkschaften Trump unterstützen, wird er von den Gewerkschaften in den Dienstleistungsbereichen, wo ein hoher Anteil an Arbeitsmigranten organisiert ist, sowie den Gewerkschaften der erfolgreichen Wirtschaftsbranchen abgelehnt. Diese haben sich im Wahlkampf für Hillary Clinton ausgesprochen.

Es lenkt von dem wirklichen Problem ab, Trump als Faschist zu bezeichnen und nichts deutet darauf hin, dass Trump vorhat, die USA in eine faschistische Diktatur zu verwandeln. Allerdings ist zu befürchten, dass er die Demokratie aushöhlt und ein sehr autoritäres kapitalistisches Regime errichten könnte, das mit autoritären Mitteln den weiteren Niedergang des Imperiums

aufzuhalten bestrebt sein wird. Natürlich muss man errungene demokratische Freiheiten verteidigen, aber die Hysterie deutscher Medien und der herrschenden Klasse hierzulande hat weniger mit Trumps „Demokratieabbau“ zu tun, sondern mit seiner Absage an den Freihandel. Durch den Freihandel und die neoliberale Globalisierung hat der deutsche Imperialismus seine Machtposition ausbauen können, Trumps Politik indes gefährdet diese Stellung des deutschen Imperialismus.

Zwei Flügel der herrschenden Klasse in den USA ringen gegenwärtig um die Kontrolle über die staatliche Macht. Das alte Establishment aus Wallstreet, Silicon Valley, dem tief verborgenen Staat der Geheimdienste und anderen kämpft gegen den Machtanspruch der neuen Kapitalfraktion um Trump. Trumps Regierung stellt in der Geschichte der USA keinen gewöhnlichen Machtübergang dar. Er stellt eine Diskontinuität in der auf dem Zweiparteiensystem gründenden Herrschaft des Kapitals dar. Trump ist offensichtlich entschlossen, sofern man ihn lässt, das US-System umzukrempeln, die Augiasställe in Washington auszumisten, sie „von der alten Elite zu reinigen“, d.h. die Gentlemen Agreements zwischen Republikanern und Demokraten über die Aufteilung der Macht, die über Jahrzehnte funktionierten, aufzukündigen. Zugleich umgibt er sich mit Personen, die aus derselben Elite stammen wie die Mitglieder der bisherigen Regierungen. Die Berufung von Superreichen, einschlägigen Vertretern der Wall Street, aber auch Protagonisten der extremen Rechten wie sein Chefberater Steve Bannon in das Kabinett Trumps geben allen Anlass zur Wachsamkeit. Für seine „Radikalität“, mit den alten Eliten in Washington aufräumen zu wollen, erhält er breite Zustimmung seiner Wählerinnen und Wähler. Trump solle Washington umkrempeln, ist ihre Forderung.

Trumps „America First“-Strategie korrespondiert mit einer vergleichbaren Massenbewegung, die in den USA Ende der 30er Jahre des zwanzigsten Jahrhunderts entstanden war. Sie vereinigte linke Kräfte und eine auf Protektionismus orientierte Fraktion des Kapitals. Ihr vorgebliches Hauptziel war eine Politik des Isolationismus, um die USA aus dem II. Weltkrieg herauszuhalten, die Demokratie zu retten und den sozialen Frieden zu bewahren, der durch den New Deal Franklin Delano Roosevelts erreicht worden war. Das America First Committee (AFC) wurde am 4. September 1940 von Robert Douglas Stuart Jr. und Henry Ford (Ford Motor Company), Norman Thomas (Präsidentenskandidat und Vorsitzender der Sozialistischen Partei der USA) sowie deren bekanntestem Sprecher, dem legendären Flieger Charles Lindbergh, dem Sympathien mit Nazi-Deutschland vorgeworfen wurden, gegründet. Personen des öffentlichen Lebens, wie die Schriftsteller Sinclair Lewis, Edward Estlin Cummings, Gore Vidal, Alice Roosevelt Longworth, Tochter des Ex-Präsidenten Theodore Roosevelt, der Filmproduzent Walt Disney und die Schauspielerin Lillian Gish unterstützten das Committee, das bis zu 800.000 Mitglieder zählte. Es verstand sich nicht als politische Partei, sondern als Bewegung, die Druck auf die politischen Parteien ausübte. Ähnlich sollte auch Trumps Bezug auf die Bewegung verstanden werden, die ihn ins Präsidentenamt getragen hat. Seine Kommunikationsmittel mit der Bewegung, die ihm im Kampf gegen die Apparate von Republikanern und Demokraten jeweils nach Bedarf zur Seite stehen sollen, sind Twitter und andere soziale Medien.

Welche Kapitalfraktion ist denn nun an der Macht? Diese Frage ist noch nicht mit Gewissheit zu beantworten. Die Antwort ist gewissermaßen im *status nascendi* zu sehen. Deutlich ist zu erkennen, dass Teile der herrschenden kapitalistischen Klasse der USA ihre Zukunft nicht mehr im bisherigen Kontext der neoliberalen Globalisierung und dem dieser entsprechenden System der internationalen Beziehungen sehen, das für die darauf aufbauende neoliberale Weltordnung errichtet wurde. Ihre Zuneigung zur Wallstreet ist gering, da der Wallstreet-

Finanzkapitalismus den kleineren und mittleren Unternehmen in Industrie und Handel die Luft zum Atmen abschnürt. Die Rücknahme von Obamas "Regulierungswerk" der Wallstreet, das weit davon entfernt war, der Wallstreet Fesseln anzulegen, sondern lediglich den Transfer öffentlicher Gelder für bankrotte Banken regelte, steht nicht im Widerspruch zu Trumps anvisiertem ökonomischen Strategiewechsel der „Reindustrialisierung zuerst“. Insbesondere zeigte sich die bisherige Regulierung der Wallstreet als Hemmnis, kleinere und mittlere Unternehmen mit Krediten zu versorgen.

Teile der US-Bourgeoisie sind nicht mehr international wettbewerbsfähig, und sie rufen, ebenso wie Teile der US-Arbeiterklasse sowie einige Gewerkschaften, nach Schutz durch den Staat, nach Protektion des Staates für die verbleibende Industrie. Sie befürworten die Aufkündigung des Freihandels und die Rückführung von Industriearbeitsplätzen in die USA. Bernie Sanders hat diese Stimmung verstanden, deshalb unterstützt auch er eine Politik des Schutzes des Marktes, der Abkehr von der neoliberalen Globalisierung und der Reindustrialisierung der USA, einschließlich der Strafzölle.

Globalisierungsverlierer in den USA wollen ein Ende der Globalisierung und einen Rückzug der USA aus ihrer Rolle als Weltpolizist. 70 Prozent der US-Bürger wollen, dass der künftige Präsident sich vorrangig um die internen Probleme der USA kümmern möge. Trumps Sieg erschüttert den neoliberalen Globalisierungsprozess sowie die Grundfesten der Weltordnung, wie sie seit dem Zweiten Weltkrieg entstanden ist.

Nach Auffassung eines kleinen Flügels der Linken in den USA „reflektiert der Sieg von Trump keineswegs eine Rechtswendung der Arbeiterklasse in den USA“ (*so die pro-kubanische sozialistische Wochenzeitung ‚Militant‘ der Socialist Workers Party der USA*). Vor allem widerspiegelt Trumps Sieg die Suche jener Teile der Arbeiterklasse, die bislang mehrheitlich immer mit Empfehlung der Gewerkschaften die Demokraten gewählt haben, nach einem Politikwechsel nach den vielen Jahren der Krise. Die Verachtung der Eliten für die Rückständigkeit von Trumps Wählerinnen und Wählern korrespondiert nicht mit dem wirklichen Stand der Bewusstheit weiter Teile der Industriearbeiterschaft: „An den Küsten, so heißt es jetzt häufig, sitze die aufgeklärte Elite, im Zentrum dagegen lebten ignorante Rassisten, die Trump auch dann wählten, wenn er über Leichen ginge. Ganz so einfach ist es nicht. Auch nicht in Logan (West Virginia). Bei aller Verklärung der Kohle, bei all den deftigen Sprüchen und der Euphorie über Trumps Sieg treten hier und da Schattierungen zu Tage, wenn man konkreter nachfragt. Die Mauer zu Mexiko? 'Das ist doch ein Witz, meint Lawson, der Kohlekumpel. Der radikale Einreisestopp? Wir sollten niemanden aufgrund seiner Religion diskriminieren', sagt er.“<sup>3</sup>

Unter der Präsidentschaft des Demokraten Bill Clinton wurden die Reste des US-Sozialsystems eingerissen, welche die Ära Reagan übriggelassen hatte. Unter Obama wurden zwar viele neue Jobs geschaffen, diese Jobs sind allerdings häufig deutlich schlechter bezahlt als vor der Finanzkrise 2008. Mit 7,50 Dollar Durchschnittslohn ist die Anzahl der *working poor* in den USA massiv nach oben gegangen. Auch steigen die Löhne für die meisten Lohnabhängigen kaum noch, mitunter wegen der niedrigen Arbeitsproduktivität vieler Bereiche der US-Industrie. Die Kluft zwischen Arm und Reich hat sich in den USA auch unter Obama vertieft. Segmente der Mittelschichten vor allem im Roststaaten-Gürtel des mittleren Westens der USA, dort wo früher die Schwerindustrie stand, fühlen sich zunehmend vom Abstieg bedroht. Die Finanzkrise 2008 mit der Implosion der Hypothekenblase hat die Mittelschicht und die Arbeiter enteignet. Auch Obamas Krankenkassenabsicherung für die Armen, die nur Flickwerk blieb, hat das Gefühl nicht ändern können, dass die Demokraten für die wachsende Armut im Lande verantwortlich seien. Obama rühmte sich wegen der niedrigen Arbeitslosigkeit (5 %),

aber hinter dieser Quasi-Vollbeschäftigung verbergen sich viele hungernde prekär Beschäftigte.

### Trumps „Revolution“

Die Anlehnung an die Vergessenen und Abgehängten der US-Gesellschaft unterschied Trump von Clinton. Er wendete sich an die Vernachlässigten und Abgehängten und versprach ihnen bessere Zeiten, während Clinton und eine multikulturelle kosmopolitische scheinbar antirassistische Linke, die Fraser als progressive neoliberale Linke bezeichnet, sie als bedauerliche und kulturell zurückgebliebene Individuen beschimpften. Auch gegen diese „Linke“ wendeten sich die *blue collar worker* der USA.

Seit 2008, nach Ausbruch der Finanzkrise, die vor allem in den USA wütete und viele Menschen verarmen ließ, nimmt in den USA, aber auch in Europa, die Kritik über Ungerechtigkeit zu. Armut und wachsende Ungerechtigkeit wurden aber im gesellschaftlichen Diskurs kaum thematisiert. Auch in Deutschland wurde kaum über wachsende Armut in unserer Gesellschaft diskutiert.

Eine saturierte Mittelschicht die den öffentlichen Diskurs beherrscht, bevorzugt es, über *political correctness* und postmaterielle Themen zu diskutieren. Vornehmlich waren Schwule, Lesben und Transgender die Themata auf den Frontseiten der Medien. Wie wir mehr Rechte für diese lange diskriminierten Bevölkerungsgruppen schaffen, war ein Hauptthema, was ja völlig legitim und richtig ist. „Aber – das ist nicht das größte Problem unserer Gesellschaft, und nun sind wir mit dem Rückschlag der Unterdrückten konfrontiert – und mit dem Wahlsieg eines Menschen, der bewusst mit allen Regeln der „political correctness“ brach, direkt und vulgär.“ (Slavoj Žižek)

Žižek sieht in Trump die Figur des „Two Spirit Capitalist“. Trumps Logik seines Handelns, sich für die Interessen der Unterprivilegierten einzusetzen, könnte darin bestehen, dass er für deren Interessen eintritt, bevor die „Enteigneten“ sich selber wehren und für ihre Rechte aufstehen.

Trump gelang es, ein Bündnis einiger US-Industriegewerkschaften, die „industrial base coalition“ von Kohle, Stahl, Rüstungsindustrie, während des Wahlkampfes für sich zu gewinnen. Noch nie hatte ein nominell republikanischer Kandidat solch breite Unterstützung aus der Gewerkschaftsbewegung.

Unerwartet haben in den sogenannten „Roststaaten“ (s.o.) auch viele Farbige, Latinos und Frauen Trump gewählt. Acht Prozent der farbigen Wählerschaft wählte Trump. In den „Roststaaten“ war die Stimmabgabe der Farbigen für Trump viel höher ausgefallen. Nicht wegen, sondern trotz seines streckenweise rassistisch und sexistisch geprägten Wahlkampfes wurde Trump in diesen ehemaligen Hochburgen der Demokraten und der industriellen Arbeiterklasse gewählt. Aber nicht nur Arbeiter der Krisenstaaten des mittleren Westens wählten Trump – auch Unternehmer kleiner und mittlerer Betriebe. Ebenso erhielt er die Unterstützung der Mittelschichten dieser Regionen.

Trumps Sieg, so wird es von seinen Wähler und Wählerinnen empfunden, war auch eine Niederlage des globalisierten Finanzkapitalismus der Wallstreet (Horst Kahrs, Rosa-Luxemburg-Stiftung, 15.11.2016). Dies stimmt auch dann, wenn Trump viele Wallstreet-Manager in seine Regierung aufgenommen hat.

Auch der US-Ökonom Dennis Snower sagt, dass die Wahl von Trump von den Globalisierungsverlierern als ein Sieg empfunden wurde. Auch nach der Wahl erklärte Trump,

sich diesen Bevölkerungsschichten verpflichtet zu fühlen, und er behielt seine Anti-Establishment Orientierung aufrecht (Establishment bashing in seiner Amtseinführungsrede). Er versprach, die Freihandelsverträge mit Kanada und Mexiko sowie das Transpazifische Freihandelsabkommen außer Kraft zu setzen oder erst gar nicht abzuschließen. Das transpazifische Abkommen hat er bereits per Präsidentendekret beerdigt. Auch TTIP scheint tot zu sein.

Über die Niederlage dieser Sorte „fortschrittlicher“ neoliberaler Politik, wie sie Clinton darstellt, sollten wir keine Träne vergießen. Sicherlich sind Ängste über Trump und seine sexistischen, rassistischen und anti-ökologischen Äußerungen berechtigt. Trump bietet langfristig keine ernsthaften Lösungen der Probleme der USA an und ist weit davon entfernt, eine neue politische Hegemonie errichten zu können. Die Präsidentschaft von Trump ist instabil. Es ist keineswegs gewiss, dass er als Sieger aus dem gegenwärtigen Machtkampf hervorgeht. Die Situation in den USA bleibt instabil.

### **Spaltung der Arbeiterklasse**

Ein Riss geht durch jene Bevölkerungsteile, die das Establishment ablehnen. Gegenwärtig vertieft sich die Spaltung zwischen den Arbeitern des mittleren Westens – mehrheitlich Unterstützer von Trump – und jenen Teilen, die gemeinsam mit der vom Apparat der Demokraten und der Wallstreet lancierten Protestbewegung gegen Trumps Politik demonstrieren. Die Proteste wenden sich gegen Trumps reaktionäre Politik gegenüber Frauen und Migranten. So legitim diese Proteste auch sein mögen was deren Forderungen anbetrifft, so ist dennoch unverkennbar, dass sie von den Demokraten und dem alten Establishment zu einem Machtkampf instrumentalisiert werden.

Dass Trump sich auf Gewerkschaften und Teile der ehemaligen Industriearbeiterschaft stützt, heißt nicht, dass Trumps Politik keine Gefahr darstellen würde. Er hat zumindest eine sehr autoritäre konservative Vision davon, wohin er die USA führen will. Er ist unberechenbar und seine Außenpolitik bleibt kryptisch. Protest und Widerstand sind deshalb notwendig. Ja, es hat bereits millionenfachen Protest gegen Trump gegeben, aber eben mit einem nicht ganz durchsichtigen Hintergrund. Dieser Protest hat keine Brücken zu den Trump unterstützenden Arbeitern geschlagen. Die Linke muss Unabhängigkeit zeigen, eine Ansprache an die Abgehängten und Vernachlässigten finden, und sie sollte sich deshalb nicht vor den Karren neoliberaler imperialistischer „Antifaschisten“ der Wallstreet und des US-Staates (d.h. der tief in ihm verwurzelten Geheimdienste) spannen lassen. Dies gilt auch für die Linke in Deutschland. Die Alternative zu Trump kann nicht Hillary Clinton heißen.

In den Augen der Trump-Anhänger erscheint dieser Protest als Versuch der Eliten, gemeinsam mit den wohlhabenden Mittelschichten wieder die Kontrolle über die USA zurückzugewinnen. Die Linke muss mit ihrem Protest zur Vereinheitlichung der Interessen aller Sektoren der Arbeiterklasse beitragen und darüber hinaus das Bündnis mit sozialen Bewegungen suchen. Darauf könnte eine breite Bewegung alter und neuer Schichten der Arbeiterbewegung gegen das alte Establishment und die sich neu formierende Elite aufbauen.

Bernie Sanders erklärte nach der Wahl von Trump (am 09.11. 2016) er sei bereit, mit Donald Trump zusammenzuarbeiten um der Arbeiterklasse zu helfen. Bedingung sei aber, dass es Trump ernsthaft darum gehen müsse, eine Politik zur Verbesserung des Lebens von Arbeiterfamilien zu machen. „Industriearbeitsplätze für amerikanische Arbeiter“ zu schaffen, das fordert auch Bernie Sanders. Sanders sucht Wege zur Überwindung der Spaltung der Arbeiterklasse.

Demonstrationen, die nicht die Frage der Gerechtigkeit in einer sehr ungerechten neoliberalen Welt thematisieren, sind nicht dazu geeignet, einen gemeinsamen Abwehrkampf aller Lohnabhängigen in unserer Gesellschaft zu organisieren.

Jakob Augstein hat Recht, wenn er schreibt: „ Die Bürgersfrauen, die Journalisten, die Schwulen, die Professoren, die Künstler, die jetzt gegen Trump protestieren, sie waren in der Vergangenheit die Profiteure eines Systems, das sich um Rechte gekümmert hat, und dabei Gerechtigkeit völlig außer Acht ließ.“<sup>4</sup>

Das Brexit-Referendum und die Wahlen in den USA haben schmerzlich offengelegt, wie tief gespalten die US- und die britische Arbeiterklasse sowie die Gesellschaften beider Länder sind – politisch, kulturell und nicht zuletzt sozial. Nicht ganz so ausgeprägt gilt das auch für Deutschland. Viele Arbeiter in Großbritannien stimmten mit Inbrunst gegen die EU, meinten damit aber auch die britischen Eliten: die Politik in London, Tory-Regierung und Labour- Opposition gleichermaßen. Siebzig Prozent der Labour Wählerinnen und Wähler stimmten für den Brexit. Das gleiche gilt für die USA und für die Wahl Trumps. Man wählte den Kandidaten, der sich gegen das Establishment stellte: die globalisiert arbeitenden Manager mit hohen Boni, aber ohne jegliche Skrupel beim Personalabbau und Standortschließungen, die urbane Schicht der liberalen und linken Akademiker in London und New York, aber auch in vielen deutschen Städten, die Weltoffenheit und Toleranz als hehre Werte verteidigen, aber gleichzeitig mit Verachtung auf die Abgehängten und weniger Gebildeten herabblicken – das ist das Gemisch, aus dem sich die rechten Erfolge aufpumpen.

Alte Arbeitermilieus zurückzugewinnen ist von strategischer Bedeutung für die deutsche und die europäische Linke. Das wirft die Frage auf: Fokussieren wir unsere Politik auf die Gewinnung urbaner moderner Milieus oder stellen wir die Auseinandersetzung zur Zurückgewinnung der Abgehängten ins Zentrum unserer politischen Bemühungen? Bislang ist diese strategische Frage innerhalb der deutschen Linken nicht geklärt. Weder die Wahlstrategie der Partei DIE LINKE noch deren Wahlprogramm berücksichtigen dies in gebührendem Maße. Das Wahlprogramm ist ein Meisterstück der zusammenhanglosen Nebeneinandersetzung von meist richtigen Forderungen, ohne klare Fokussierung und mit einem Drall in Richtung der urbanen Mittelschichten.

### **Trumps internationale Politik**

Sorgen bei den US- und Internationalen Eliten – eine Weltordnung wird stückweise entsorgt

Trump sei eine Revolution, schrieben Leitmedien des Westens. Sorgen bestehen bei den US-Eliten und den internationalen Eliten über seinen künftigen außenpolitischen und wirtschaftspolitischen Kurs, der durch eine protektionistische Wirtschaftspolitik der USA die jetzige neoliberale Globalisierung aus dem Gleis zu werfen droht. Hierbei wäre das exportorientierte Deutschland ebenso wie China eines der Hauptverlierer. Gegen beide wendet sich Trump mit scharfen Angriffen. Das deutsche Exportmodell bezeichnet sein Vertrauter Navarro als ausbeuterisch. Navarro wirft außerdem der deutschen Politik vor, den seit längerem relativ niedrigen Eurokurs für Handelsvorteile auf Kosten der USA und ihrer europäischen Partner zu nutzen. Deutschland drängt andere Ökonomien an die Wand. Die EU sieht Trump nur als Mittel zum Zweck für Deutschland.

Seine Aussagen, die USA sollten nicht mehr die Rolle eines Weltpolizisten einnehmen, ebenso wie die Androhung, die US-Beteiligung an der NATO herunterzufahren, werden von manchen Publikationen als ein Ende der Nachkriegsordnung interpretiert.<sup>5</sup> „Die Nato kostet uns ein Vermögen“, sagte Trump.<sup>6</sup> Es ist unwahrscheinlich, dass sich die USA aus der NATO zurückziehen, aber es wird deutliche Änderungen für das NATO-Bündnis geben.

## Gravierende Folgen für das internationale System

„America First“ – das Motto von Donald Trump - wird große Folgen für die internationale Politik haben. Protektionismus, also die Abkehr vom Welthandel, erfordert eine ganz andere Außenpolitik der USA. Konflikte mit Exportkonkurrenten, vor allem mit China und Deutschland sowie mit Mexiko, sind programmiert. Die EU wird Trump zu schwächen versuchen. Der Protektionismus der USA wird tiefe Spuren im internationalen Kapitalismus hinterlassen. Dieser Protektionismus wird weltweit Nachahmer finden. Der Drang zur Renationalisierung von Märkten und Politik wird stärker werden.

Eine weitere Unbekannte ist der künftige außenpolitische Kurs von Trump. Manche Linken und Vertreter der Friedensbewegung glauben zu erkennen, dass Trump die internationalen Konflikte verschärfen werde, das müsse so sein, weil er ja ein extrem rechter Politiker ist. Aber auch diese Gewissheit ist keineswegs sicher. Ohne Verständnis der inneren Krise der USA und der von dieser ausgehenden Dynamik wird der außenpolitische Kurs von Trump nicht zu verstehen sein, der sich im Wesentlichen aus dessen innenpolitischem Projekt speisen wird. Sein Ziel ist es, den weiteren Verfall der USA als ökonomische und politische Weltmacht aufzuhalten. Seiner Ansicht nach hat sich das Imperium überdehnt und muss erst wieder auf eine solide Grundlage gestellt werden. Das kann einen zeitweiligen Rückzug der USA aus ihrer Rolle als Weltpolizist bedeuten. Die US-Presse schreibt, Trumps außenpolitische Vorstellungen liefen auf eine Politik des „Isolationismus“ hinaus, sie sollen dem Projekt „America first“ nutzen. Isolationismus heißt jedoch nicht Verzicht auf das imperiale Projekt oder auf imperialistische Politik. Die US-Fachzeitschrift *Foreign Policy* spricht von einem Isolationismus mit einem sehr großen dicken Knüppel in der Hand.<sup>7</sup>

Mit Sicherheit wird Trump versuchen, den sogenannten US-Hinterhof in Lateinamerika unter Kontrolle zu bringen, und somit wird er die Konfrontation gegen linke Regierungen in Lateinamerika verschärfen, insbesondere gegenüber Kuba und Venezuela. In anderen Weltregionen wird er womöglich einen geostrategischen Deal anstreben, der sich gegen China und Europa wendet.

Welche Politik Trump im Nahen und Mittleren Osten verfolgen wird, ist völlig unklar. Insbesondere in Bezug auf den Nahostkonflikt schüren seine Äußerungen und Ankündigungen berechnete Sorgen. Zwar hat die neue US-amerikanische Regierung inzwischen entgegen allen Erwartungen den israelischen Siedlungsbau kritisiert. Ob dies allerdings auch in konsequente Politik umgesetzt wird, ist nicht abzuschätzen. Zudem bleibt die gefährliche Ankündigung, man werde die US-Botschaft nach Jerusalem verlegen.

Dass er den Atomdeal mit dem Iran aufkündigen werde, hatte Trump bereits im Wahlkampf angekündigt. Die harsche Sprache gegenüber der iranischen Regierung und die jüngst verhängten Sanktionen deuten darauf hin, dass er diese gefährlichen Ankündigungen in die Tat umzusetzen gedenkt.

In Bezug auf Syrien wiederum hat Trump angekündigt, den Kampf gegen den so genannten IS zu intensivieren, nicht aber die Regierung Assad bekämpfen zu wollen. Zugleich zeugen seine Bekanntmachung, sogenannte Sicherheitszonen in Syrien einrichten zu wollen sowie fortdauernde Waffenlieferungen an Kriegsparteien in Syrien, vorerst nicht gerade von einer Achtung der Souveränität Syriens. Aber auch hier gilt es abzuwarten. Zu vieles ist unklar.

Trump sagte in seiner Amtseinführungsrede er strebe „Kooperation und keine Konflikte an – in der Innenpolitik genauso wie in den internationalen Beziehungen“.



Trump bot der Weltgemeinschaft eine „faire“ Zusammenarbeit an. „Wir werden großartige Beziehungen pflegen“, sagte er. Es müsse aber gesagt werden, dass Amerika zuerst komme (America First). Er werde dafür sorgen, dass sich das Wirtschaftswachstum der USA verdoppeln werde und sein Land die stärkste Wirtschaft aller Nationen habe.

Mit Sicherheit wäre eine US-Präsidentschaft unter Frau Clinton viel dramatischer. Sie steht für einen Konflikt mit Russland und mit China. Die Schweizer Zeitung „Tagesanzeiger“ kommentiert zur möglichen Außenpolitik Trumps: „... Waren denn die außenpolitischen Interventionen der Amerikaner der letzten 30 Jahre wenigstens ein Erfolg? Nein, Haiti ist heute ein gescheiterter Staat, Afghanistan, Somalia und der Irak ebenso. Syrien und Libyen, wo Obama halbherzig eingegriffen hat, geht es nicht besser. Kosovo und Bosnien sind korrupte Gebilde am Tropf der EU, und in der Ukraine hat das forsche Vorgehen im Verbund mit der EU fast zu einem offenen Krieg geführt. Was haben wir zu befürchten? Mit Hillary Clinton wäre es vielleicht noch schlimmer geworden. Sie schlug vor, China mit einem Raketenabwehrschirm einzukreisen, falls das Land nicht genug Druck auf Nordkorea wegen dessen Atomwaffen ausübe. Das ist mindestens so gefährlich wie Trumps Gerede davon, dass man Atomwaffen auch einsetzen könnte.“<sup>8</sup>

### **Die Herausforderungen an die Linke**

Kampf um Abgehängte - Stärkung nationaler Souveränität im europäischen Kontext statt Nationalismus

Mit Trump wird sich die bisherige Wirtschaftspolitik verändern. Die Bekämpfung der Handelsbilanzdefizite steht im Zentrum seiner internationalen Politik. Für Deutschland bedeutet dies mit Sicherheit Einschnitte beim Wirtschaftswachstum. Die deutsche Wirtschaft könnte bereits 2017/2018 stagnieren. Wie die herrschenden Klassen in Europa und in den einzelnen Nationalstaaten reagieren, ist noch offen. Nationalismus und die Renationalisierung der Wirtschaftspolitik könnten an Fahrt aufnehmen, insbesondere in jenen Ländern, die sowieso schon über die deutsche Dominanz klagen.

Die Herausforderung für Deutschland ist so groß, dass mit einem „weiter so“ die Probleme nicht zu bewältigen sind.

Zusätzlich wird der Druck durch den Erfolgskurs des rechten Populismus zunehmen. Dessen Anführer und Anhänger sind dabei, Trumps Sieg kopieren zu wollen. Dabei legen sich einige der rechten Parteien ein immer stärkeres soziales Profil zu. So die Truppe von Geert Wilders in den Niederlanden, die von anderen Rechten bereits als zu sozialistisch bezeichnet wird, aber auch der Front National in Frankreich, der die weiße Arbeiterklasse um sich scharft. Auch hier wird der Protektionismus, Industrialisierung und soziale Gerechtigkeit zum zentralen strategischen Element rechter Politik werden.

Das stellt eine Herausforderung an die europäische und deutsche Linke dar. Trumps Politik des Protektionismus, der Abkehr von transnationalen Handels- und Wirtschaftsregulierungen, dynamisiert die Strategiedebatte über die Zukunft der Globalisierung. Sollte Trump Erfolge aufweisen können, wird das all jene bestärken, die sich auf das Ziel der Rückgewinnung nationaler Souveränität orientieren. Für Rechtspopulisten und faschistische Parteien wird sie zur strategischen Achse, mit der sie politisch hegemonial werden wollen. Hinzu kommt in Europa, „dass die Übergriffe des Euro-Finanzregimes auf interne Angelegenheiten der Schuldnerländer als Serie an Erniedrigungen und als Verlust an Staatlichkeit und demokratischer Selbstbestimmung erlebt wird“.<sup>9</sup> Auch innerhalb der europäischen Linken wird verstärkt über die Rückgewinnung der nationalen Souveränität diskutiert. Insbesondere bei den linken Parteien Südeuropas findet diese Position zunehmend Anhänger. Die Bindekraft

der Losung eines kräftigen Neustarts Europas, was die geltende Position sowohl der deutschen Partei DIE LINKE als auch der Partei der Europäischen Linken ist, nimmt ab. Das kann man für gut befinden oder auch nicht.

In Deutschland tendiert eine Mehrheit der Linken dazu, wegen der Legitimationskrise der neoliberalen Globalisierung sowie der EU mehr transnationale Lösungen zu fordern. Bernd Riexinger, Vorsitzender der Partei DIE LINKE, warnt vor einer Überschätzung einer nationalen Lösung für die gravierenden Probleme Europas. Damit reiht sich Riexinger in die Front jener ein, die Protektionismus der eigenen Wirtschaft per se als nationalistisch und schlecht bezeichnen. Protektionismus im Sinne einer Orientierung auf den Binnenmarkt, des Abbaus der Exportabhängigkeit, ist jedoch nicht per se schlecht. Schlecht sind die wachsenden innerimperialistischen Rivalitäten und der gefährliche Nationalismus, der durch die riesigen Handelsüberschüsse Deutschlands angefacht wird. Schauen wir uns in diesem Fall die Politik von Bernie Sanders an, den man wohl kaum als Nationalisten bezeichnen kann. Er unterstützt Trump in der Forderung, Industriearbeitsplätze nicht mehr abwandern zu lassen und solche wieder zurückzuholen, auch durch Strafzölle. Er begrüßt Trumps Entscheidung, die Freihandelsverträge zu kündigen. Er will neue Industriearbeitsplätze „für amerikanische Arbeiter“. Er grenzt sich aber gegen Trump in der Frage der Steuererleichterung für die Unternehmen und die Reichen ab, da sie das Geld für Sozialpolitik wegnimmt, und er wendet sich gegen Rassismus und Sexismus, stellt aber die Rückgewinnung nationaler Souveränität nicht in Frage. Auch Jean-Luc Mélenchon befürwortete als linker Präsidentschaftskandidat in Frankreich eine Rückgewinnung staatlicher Souveränität.

Mit der strategischen Orientierung auf die Rückgewinnung staatlicher Souveränität auch im Bereich der Wirtschafts- und Handelspolitik präsentiert sich die populistische Rechte als scheinbar einzige realistische Alternative und lässt jene Linken mit ihrem transnationalen Ansatz als illusionäre Spinner dastehen. Die Linke braucht eine klare Kante gegen die Rechte, sie wird aber diesen Kampf gegen sie verlieren, wenn sie nicht die Notwendigkeit einer Mischung zwischen einer nationalstaatlichen und der transnationalen Lösung anerkennt.

Wer die EU unter dem deutschen Diktat nicht zugrunde gehen lassen möchte, wird nicht umhin können, eine Veränderung der deutschen Wirtschafts-, Handels und Finanzpolitik zu fordern. Diese Veränderung muss im nationalen Rahmen beginnen, damit sie europäisch werden kann.

Mit Trumps impliziten Handelskriegsdrohungen wird das egoistische und erfolgreiche deutsche Exportmodell, das auf Kosten der Wirtschaft vieler Länder expandiert, ins Taumeln geraten. Nicht auszuschließen sind explosive Wirtschaftsentwicklungen, die das soziale Gefüge in Deutschland völlig aus der Balance werfen und die Reste des Sozialstaates hinwegfegen würden. Eine neue Wirtschafts- und Handelspolitik Deutschlands muss vom Abbau des Handelsüberschusses ausgehen und die binnenwirtschaftliche Entwicklung stärken, so z.B. durch Lohnzuwächse, durch Ausbau des Sozialstaates, durch Reparatur der Infrastruktur. Innerhalb der EU muss parallel dazu der Binnenmarkt entwickelt werden, und Forderungen nach einem europäischen Investitionsprogramm für den Ausbau der sozialen Infrastruktur, von Wohnen, Gesundheit, Pflege usw. müssen erhoben werden. Ein Programm zur Reindustrialisierung der Länder des Südens Europas und zur Überwindung der Wettbewerbsunterschiede durch unterschiedliche Produktivität muss ebenfalls im Zentrum linker Forderungen stehen. International sollten faire Handelsverträge unter Berücksichtigung der Interessen der jeweiligen Länder ausgehandelt werden. Das wäre das Kontrastprogramm zum rechten Projekt der nationalen Souveränität. Eine solche Politik der Veränderung Europas muss zwar durch die Rückgewinnung der Räume für souveränes nationalstaatliches Handeln

beginnen. Erst wenn wir im stärksten Land der imperialistischen EU Veränderungen durchsetzen können, werden wir dies aber auch auf der Ebene der Europäischen Union möglich machen. Es gibt keine Gründe, die Debatte über eine neue Souveränität des Nationalstaates zu scheuen; und schon gar nicht darf man das Thema der Rechten überlassen. Klar akzentuierte und erkennbare Veränderungen müssen im nationalen Rahmen beginnen, mit dem Ziel, Europa neu aufzubauen.

Wer meint, das Thema der nationalen Souveränität der Rechten überlassen zu können, der setzt die Massenfähigkeit einer linken sozialistischen Partei aufs Spiel und spielt damit den Rechtspopulisten in die Hände.

Die deutsche Linke verkündet, nominell an der Seite der „Abgehängten“ zu stehen. Der Gestus vieler ihrer Funktionäre und die mentale Distanz sprechen jedoch eine andere Sprache. Die Linke wird mittlerweile als Teil des Establishments wahrgenommen und mit der Stimmabgabe für die Linke kann man das Establishment nicht ärgern. Dass sie Politik für die Abgehängten sowie für die breite Mehrheit der Lohnabhängigen macht, muss wieder vernehmbar werden. Bernie Sanders hat sehr deutlich die Falle erkannt, in der sich die Linke befindet, wenn sie nur den Diskurs gefühlslinker Mittelschichten bedient. Hierbei bezieht er sich auf den linksliberalen Diskurs der sogenannten Political Correctness. Sanders sagte immer, es sei zwar ein Schritt vorwärts, wenn ein Afroamerikaner CEO eines großen Unternehmens sei. Er sagte zugleich: «Aber wenn er Jobs auslagert oder seine Angestellten ausbeutet, spielt es nicht die geringste Rolle, ob er weiß oder schwarz oder ein Latino ist.»

Die Klassenfragen ins Zentrum zu rücken, das gilt sowohl für die strategische Orientierung der Partei als auch und insbesondere für den Wahlkampf sowohl vor den bevorstehenden Landtagswahlen wie vor der Bundestagswahl. Mit der Nominierung der Spitzenkandidaten für die Bundestagswahl wurde dieser Notwendigkeit Rechnung getragen. Aber zu Viele in der Partei, darunter auch etliche Genossinnen und Genossen, die sich zum linken Flügel der Partei bekennen, unterstützen die Spitzenkandidaten nicht mit dem nötigen Nachdruck. Dabei geht es nicht darum, mit allen Aussagen der Spitzenkandidaten übereinzustimmen, sondern der strategischen Option der Hinwendung zu den uns wichtigen Milieus der Arbeiterklasse und einem Teils des Prekariats zum Durchbruch zu verhelfen. Auch an dieser Frage entscheidet sich, ob wir künftig eine sozialistische, klassenbezogene Massenpartei oder eine linksgrüne Milieu-Partei aufbauen. Nichts Geringeres steht auf dem Spiel.

Was den linken Flügel der Partei DIE LINKE anbetrifft, so ist sein Zustand besorgniserregend. Marxistische Kräfte und marxistische Positionen werden schwächer. Der verbleibende Grundkonsens im linken Flügel ist die Antikriegshaltung, das aber ist zu wenig, um den Kurs der Partei mitzubestimmen.

Da sich daran mittelfristig wenig ändern wird, muss jetzt unter den marxistischen Linken darüber nachgedacht werden, sich ein Forum zu schaffen oder die vorhandenen auszubauen für die politische, theoretische und strategische Debatte. Marxisten und Marxistinnen in der Partei müssen ein attraktives Debattenangebot unterbreiten, politisch orientierend eingreifen und müssen innerparteilich handlungsfähig sein. Obwohl der Meinungsaustausch unter den linken Strömungen weiterhin stattfinden muss, spricht momentan wenig dafür, dass aus den zurzeit vorhandenen linken Strömungen die gemeinsame politische Linie erwachsen könnte, die dem Konzept einer sozialistischen Klassen- und Massenpartei im Unterschied zu einer lediglich linksgrünen zum Durchbruch verhelfen würde.

---

<sup>1</sup> Nancy Fraser, Against Progressive Neoliberalism, A New Progressive Populism, Dissent Magazine, 28.01.2017  
[https://www.dissentmagazine.org/online\\_articles/nancy-fraser-against-progressive-neoliberalism-progressive-populism](https://www.dissentmagazine.org/online_articles/nancy-fraser-against-progressive-neoliberalism-progressive-populism)

<sup>2</sup> Scott Galupo, Trump's Lunch Pail Plutocracy, U.S. News, 27.01.2017 <https://www.usnews.com/opinion/thomas-jefferson-street/articles/2017-01-27/donald-trump-is-building-a-coalition-of-business-and-union-leaders>

<sup>3</sup> Veit Medick, Trump Hochburg West Virginia, Spiegel online, 02.02.2017  
<http://www.spiegel.de/politik/ausland/donald-trump-seine-anhaenger-wollen-jetzt-resultate-sehen-a-1132796.html>

<sup>4</sup> Jakob Augstein, Die Vertrumpung der Welt, Spiegel online, 26.01.2017  
<http://www.spiegel.de/politik/ausland/donald-trump-was-wenn-er-erfolg-hat-kolumne-a-1131826.html>

<sup>5</sup> Jakob Augstein, Trump des Willens, Spiegel online, 10.11.2016  
<http://www.spiegel.de/politik/ausland/us-wahl-donald-trumps-wahl-ist-das-ende-des-westens-a-1120608.html>

<sup>6</sup> Claudia von Salzen, Donald Trump und die NATO, Der Tagesspiegel, 09.11.2016  
<http://www.tagesspiegel.de/politik/donald-trump-und-die-nato-der-preis-des-buendnisses/14819710.html>

<sup>7</sup> Bruce Stokes, American Isolationism, With a Very, Very Big Stick, Foreign Policy, 17.05.2016  
<http://foreignpolicy.com/2016/05/17/american-isolationism-with-a-very-very-big-stick-trump-clinton-election/>

<sup>8</sup> Arthur Rutishauser, Einmal tief durchatmen, Tages Anzeiger, 10.11.2016  
<http://www.tagesanzeiger.ch/us-wahl/einmal-tief-durchatmen/story/22923318>

<sup>9</sup> Martin Höpner, Plädoyer für eine aufgeklärte Souveränität, Makroskop, 12.01.2017  
<https://makroskop.eu/2017/01/plaedoyer-fuer-eine-aufgeklaerte-souveraenitaet/>